

# **Leitlinie Industrie**

für einen zukunftsfähigen Industriestandort  
im Bezirk der IHK Koblenz

Stand: April 2008

## Inhaltsverzeichnis

Präambel.....	3
Zielsetzung .....	4
I    Ausbau des Technologie- und Innovationsstandortes.....	4
II   Ingenieurausbildung und Ausbildung von Fachkräften .....	5
III  Verbesserung der Infrastruktur.....	6
IV   Bürokratieabbau, schlanke Verwaltung .....	6
V    Energiekosten .....	7
VI   Grund- und Gewerbesteuer .....	8
VII  Arbeitskosten.....	8
VIII Internationalisierung.....	8
Liste der Mitglieder des Industrieausschusses der IHK Koblenz.....	10

## Präambel

Der Erfolg der Industrieunternehmen im Bezirk der IHK Koblenz fußt überwiegend auf der Verwurzelung in einem attraktiven Wirtschaftsstandort als Basis für die Produktion weltweit nachgefragter Produkte. Die Industrieunternehmen sind eine tragende Säule als Arbeitgeber; sie stärken unseren Standort mit High-Tech-Entwicklungen, Investitionen und einer anerkannt guten Ausbildung junger Menschen.

In einer Produktionswirtschaft, die zunehmend auf weltweite Arbeitsteilung setzt, ist es notwendig, die Attraktivität unseres Industriestandortes zu steigern und ständig anforderungsgerecht auszurichten. Ein attraktiver Standort ist die Grundlage für eine zukunftsorientierte Entwicklung der ansässigen Unternehmen und darüber hinaus für die Neuansiedlung von Industrieunternehmen.

Ein Manko für Neuansiedlungen ist das im Bezirk der IHK Koblenz schwach ausgeprägte und konturenarme Standortprofil. Quantifizierbare Stärken, die unseren Wirtschaftsraum im interregionalen Wettbewerb positionieren und von anderen Standorten positiv abheben<sup>1</sup>, sind nicht auf den ersten Blick erkennbar. Branchenschwerpunkte wie die chemische Industrie in Ludwigshafen oder den Fahrzeugbau im Landkreis Germersheim gibt es nicht. Ein für die Industrie bedeutendes Dreieck bilden die Landkreise Westerwaldkreis, Neuwied und Mayen-Koblenz. Hier ist keine Konzentration auf eine Branche zu beobachten, sondern eine gleichmäßige Verteilung auf mehrere Branchen wie Glas/Keramik, Ernährung, Metallerzeugung oder Maschinenbau.

Dennoch beurteilen zwei Drittel der im Bezirk der IHK Koblenz ansässigen Industrieunternehmen ihren Standort überwiegend positiv und würden ihn gut befreundeten Unternehmern weiterempfehlen<sup>2</sup>. Das bedeutet aber auch, dass ein Drittel der Unternehmen am Standort nennenswerte Defizite sieht. Hier muss mit Verbesserungsmaßnahmen angesetzt werden.

Der Industrieausschuss der IHK Koblenz hat eine Leitlinie Industrie erarbeitet, an der sich Politik und Unternehmen für eine langfristige industrielle Entwicklung orientieren können. Grundlage für diese Leitlinie sind die bereits zitierte „Analyse zur Standortzufriedenheit im Bezirk der IHK Koblenz“, „Wo der Schuh drückt“, „Markenartikel Rheinland-Pfalz 2006 – 2010“ der IHK-Arbeitsgemeinschaft Rheinland-Pfalz und „Industriekompass Rheinland-Pfalz 2006“ der Landesregierung.



Thomas Hähn  
Vorsitzender  
Industrieausschuss  
der IHK Koblenz



Jochen Kortmann  
stell. Vorsitzender  
Industrieausschuss  
der IHK Koblenz



Ralf Lawaczek  
Leiter Industrie, Innovation,  
Umwelt der IHK Koblenz

<sup>1</sup> Quelle: Stärken stärken - Defizite beseitigen - Schlüsselfaktoren ausbauen, Analyse der Standortzufriedenheit im Bezirk der IHK Koblenz, 2007, IHK Koblenz.

<sup>2</sup> Quelle: dito

## Zielsetzung

In den Branchensteckbriefen des „Industriekompass Rheinland-Pfalz 2006“ hat das Land mehrere Ansatzpunkte zur Verbesserung der Wettbewerbsposition deutlich gemacht. Über allen Ansatzpunkten steht zu Recht als Grundprinzip die konsequente Marktorientierung. Daneben lassen sich für alle Branchen weitere Erfolgsfaktoren ermitteln, mit denen Unternehmen auch in einem schwierigen Wettbewerbsumfeld punkten können. Die Erfolgsfaktoren und Ansatzpunkte sind im Einzelnen:

- Marktorientierung
- Exportorientierung/Internationalisierung
- Innovationsorientierung/Neue Technologien
- Produktbegleitende Dienstleistungen
- Demographischer Wandel
- Qualifikation und Fachkräftemangel
- Strategische Ausrichtung
- Qualität der Produkte
- Besetzung von Marktnischen
- Kooperationen

Vor diesem Hintergrund ist das Ziel dieser Leitlinie, die Zukunftsfähigkeit der Industrie im Bezirk der IHK Koblenz in einer arbeitsteiligen Weltwirtschaft zu sichern. Dazu zählen sowohl die Neuansiedlung als auch die Unterstützung von Industrieunternehmen und industrienahen Dienstleistungen durch niedrige Standortkosten, gute Infrastruktur und ausreichend qualifiziertes Fachpersonal.

Um dieses Ziel zu erreichen werden acht Handlungsfelder vorgestellt, die als Grundlage für einen Diskussionsprozess mit der Landespolitik dienen sollen. Dieser Diskussionsprozess sollte in einen Masterplan Industrie münden, der konkrete Themen mit Meilensteinen festlegt, um das angestrebte Ziel zu erreichen.

## I Ausbau des Technologie- und Innovationsstandortes

Die Ansiedlung von anwendungsorientiert arbeitenden Forschungseinrichtungen – beispielsweise ein Fraunhofer Institut für moderne Fabrikorganisation – kann einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung praxisnaher Forschung der Hochschulen sowie ihre effiziente Vernetzung mit Unternehmen leisten. Gemeinsame Kompetenzen von Unternehmen und Hochschulen verstärken die Chance, dass hieraus die von der Landesregierung gewünschte Clusterbildung in zukunftsorientierten Branchen erfolgt.

Weitere Innovationsimpulse können durch die Aufstockung von Fördermitteln für die Nutzung von Querschnittstechnologien in kleinen und mittleren Unternehmen gesetzt werden.

Um Kooperationen zu intensivieren, sollte unter allen Beteiligten ein partnerschaftliches Selbstverständnis gestärkt und ausgeweitet werden. Es besteht eine wechselseitige Hol- und Bringschuld zwischen den Firmen und den FuE-Einrichtungen, um die Innovationsdynamik in den mittelständischen Unternehmen zu dynamisieren – da diese in dem Bereich nach wie vor unterdurchschnittlich aktiv sind. Hier sollte die IHK ihre angebotsorientierten Aktivitäten weiter verstärken. Aus der Kooperation hochinnovativer Einrichtungen – Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen, Unternehmen und Existenzgründer-Netzwerke – entstehen immer wieder Keimzellen für innovative Produkte wie auch technologieorientierte junge Unternehmen. Gerade diese sollten in verstärktem Maße zur Gründung in Rheinland-Pfalz animiert werden.

Im Hinblick auf den Clusteransatz in der Wirtschaftspolitik bleibt festzustellen, dass mittelständische Unternehmen nicht in Kategorien der Fördermittel denken. Vielmehr wollen sie zusammen mit interessierten Partnern ihrer Wertschöpfungskette auf der Basis gleichgerichteter Interessen (Bottom-up-Ansatz) und die Nutzung neuer Technologien eine erfolgreiche und führende Stellung in ihren Märkten erringen.

Derzeit gibt das Land Rheinland-Pfalz zu wenig für seine Hochschulen aus – eine Erhöhung der Landesausgaben für Hochschulen und Bildungseinrichtungen ist dringend notwendig. Der internationale Vergleich zeigt, dass nur auf diese Weise ein Anschluss an die ausländische Forschungsspitze zu schaffen und zu halten ist. Dazu sollten naturwissenschaftlich-technische Alleinstellungsmerkmale in den Hochschulen verstärkt und ausgebaut werden.

Über einen Steuerrabatt für Unternehmen, die forschen und entwickeln, sollte intensiv diskutiert werden. So könnte es beispielsweise sinnvoll sein, wenn Unternehmen ihre Ausgaben für Forschung und Entwicklung zu mehr als 100 Prozent von der Steuer absetzen dürfen – beispielsweise mit 115 Prozent und für kleine und mittlere Unternehmen 130 Prozent. Eine Differenzierung der Prozentsätze könnte den gewünschten Impuls für mehr Forschung und Entwicklung in kleine und mittlere Unternehmen geben. Unternehmen, die keinen Gewinn machen – beispielsweise Start-up-Unternehmen – sollten eine Steuergutschrift erhalten.

## **II      Ingenieurausbildung und Ausbildung von Fachkräften**

Bildung und Wissen stellen zentrale Produktionsfaktoren für moderne und innovative Industrieunternehmen dar. Daher muss das Schul- und Hochschulsystem effizient strukturiert und inhaltlich stärker auf die Bedürfnisse der Unternehmen ausgerichtet werden, auch um die Ausbildungsreife der Schulabgänger zu verbessern. Die Schulbildung sollte konsequent auf qualifizierte Tätigkeiten in der Arbeitswelt vorbereiten. Naturwissenschaftliche und ökonomische Themen sind frühzeitig in der Schule aufzugreifen. Qualitätsmanagementsysteme müssen für öffentliche Bildungseinrichtungen eine Selbstverständlichkeit werden. Parallel hierzu ist deren Selbstverwaltung zu stärken. Die Lehrerausbildung muss weiter verbessert und praxisorientiert ausgestaltet werden.

Hierzu gehört, die Kooperation zwischen Schulen, Hochschulen und Wirtschaft weiter zu vertiefen. Gleichfalls gilt es, eine Reform der Hochschulen umzusetzen, die deren Autonomie generell, aber auch bei der Auswahl der Studenten stärkt, ihnen die Erhebung von Studiengebühren ermöglicht und eine stärkere Orientierung an wirtschaftlichen Effizienzgesichtspunkten gewährleistet. Zudem muss die Ingenieurausbildung an den Hochschulen stark ausgebaut, attraktiv gestaltet und massiv beworben werden. Schon bei den Grundschulern ist das Interesse für Naturwissenschaften zu wecken. Beispielsweise sollte in der Grundschule über ein Fach „Naturphänomene“ nachgedacht werden. So könnten Schüler später für Fächer wie Physik oder Chemie begeistert werden und nach der Schulzeit vermehrt naturwissenschaftliche und technische Ausbildungsberufe oder Studiengänge wählen.

### **III Verbesserung der Infrastruktur**

Investitionen in die Infrastruktur bilden eine wesentliche Grundlage für nachfolgende Investitionen bestehender Unternehmen und sich neu ansiedelnder Unternehmen. Sie ermöglichen und fördern Wachstum und Beschäftigung.

Die Anbindung an ein Breitband-Datennetz ist für Industriebetriebe von essentieller Bedeutung. Daher muss die Breitband-Internetanbindung weiter in der Fläche ausgebaut werden.

Zudem ist auf eine kostengünstige Wasserversorgung und Abwasserentsorgung zu drängen. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung muss die Struktur der bestehenden Wasser-/Abwassernetze und deren Ausbau aus Kostengründen kritisch geprüft werden. Gleiches gilt sinngemäß für die Strom- und Gasnetze.

Für die Industrie ist die Qualität der Verkehrsinfrastruktur von zentraler Bedeutung. Dies betrifft sowohl den regionalen Verkehrsfluss als auch die Erreichbarkeit der weltweiten Absatzmärkte im Luft-, Schienen-, Wasser- und Straßenverkehr. Im Verkehrssektor müssen die Kommunen für einen guten lokalen Straßenzustand sorgen. Das Land muss weiterhin mit Nachdruck daran arbeiten, Lücken im bestehenden Netz zu schließen, überlastete Strecken auszubauen und das bestehende Netz in einer guten Qualität zu erhalten. Die verschiedenen Verkehrsträger sollten über Güterverkehrszentren optimal miteinander vernetzt werden. Auf eine gute Schienenanbindung des Güterverkehrs ist zu achten. Gleiches gilt für die Weiterentwicklung des internationalen Verkehrsflughafens Frankfurt/Hahn.

### **IV Bürokratieabbau, schlanke Verwaltung**

Effiziente Verwaltungsstrukturen leisten einen wesentlichen Beitrag zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und helfen so bei der Senkung der Steuer- und Abgabenlast der im internationalen Wettbewerb stehenden

Industrieunternehmen. Die rheinland-pfälzische Verwaltungsstruktur ist derzeit durch die Existenz von fünf Verwaltungsebenen sowie einer Vielzahl kleiner Gebietseinheiten gekennzeichnet. Eine grundsätzliche Aufgabenkritik zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung ist erforderlich. Von diesen fünf Ebenen sollte mindestens eine abgeschafft und deren Aufgaben auf andere Ebenen delegiert werden. Auf horizontaler Ebene sind kleine Gebietseinheiten (nach Möglichkeit auf freiwilliger Basis) zu verschmelzen. Dabei kommt der Stärkung des Subsidiaritätsprinzips eine erfolgsentscheidende Bedeutung zu.

Industrieunternehmen müssen von belastenden, staatlich induzierten Auflagen weitestgehend befreit werden, damit sie ihre Ressourcen für ihre eigentliche unternehmerische Tätigkeit einsetzen können. So sind beispielsweise alle Verwaltungsverfahren und -auflagen daraufhin zu prüfen, inwieweit diese abgebaut oder für den Kunden vereinfacht beziehungsweise beschleunigt werden können.

## **V Energiekosten**

Preisschwankungen für Energieträger auf den Weltmärkten treffen die Industrieunternehmen in aller Welt in nahezu gleichem Ausmaß. Zu echten Standortnachteilen für die Industrie in ganz Deutschland führen: der mangelnde Wettbewerb auf dem Strom- und Gasmarkt, die national auf den Energiepreis draufgesattelten Steuern und Abgaben, die einseitig auf den Klimaschutz ausgelegte Energiepolitik und Nutzungsverbote für Kraftwerke. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.

Auch wenn die Preise für die leitungsgebundenen Energien Strom und Gas mehr oder weniger den Kräften des Marktes unterliegen, hat das Land über den Bundesrat Einfluss auf die Wettbewerbsregeln. Diese sollten deutlich verbessert und konsequent angewandt werden, damit günstigere Preisstrukturen entstehen können. Ebenso hat das Land Einfluss auf die Steuern und Abgaben (Stromsteuer, Mineralölsteuer, EEG, KWKG), die auf die Energieträger Strom, Gas und Öl erhoben werden. Hier muss das ständige Draufsatteln beendet und eine deutliche Reduzierung dieser Zusatzkosten für die Industrie begonnen werden. Gleichzeitig sollte über eine Entbürokratisierung in diesem Bereich nachgedacht werden. So sind beispielsweise Abgaben von der Energiewirtschaft aufwändig zu berechnen oder die zuviel gezahlten Steuern von den produzierenden Unternehmen bei den Zollämtern aufwändig zurückzufordern – beides zeit- und kostenintensive Prozeduren.

Als erster konkreter Schritt kann auf kommunaler Ebene über eine Abschaffung der Konzessionsabgabe nachgedacht werden.

Kosten sparen können Industriebetriebe durch den effizienten Einsatz von Energie. Obwohl die deutsche Industrie weltweit eine führende Rolle bei der Energieeffizienz einnimmt, kann hier noch einiges verbessert werden. Maßnahmen wie regionale Energieeffizienztsche oder geförderte Energieeinsparberatungen können hier helfen, wirtschaftliche Effizienzpotentiale zu nutzen.

## **VI Grund- und Gewerbesteuer**

Über die Festlegung der Hebesätze der Grund- und Gewerbesteuer können lokale Entscheidungsträger die Attraktivität ihrer Gemeinde für Gewerbetreibende unmittelbar beeinflussen. Niedrige Hebesätze leisten einen Beitrag zur aktiven Wirtschaftsförderung. Aufgrund der Höhe ihres Aufkommens kommt der Gewerbesteuer die größere Bedeutung zu. Sie stellt eine Art Sondersteuer auf gewerbliche Einkünfte dar. Die auf das Eigentum an Grundstücken erhobene Grundsteuer betrifft vor allem flächenintensive Industriebetriebe.

In der Analyse der Standortzufriedenheit im Bezirk der IHK Koblenz belegt der Standortfaktor „Grund- und Gewerbesteuer“ im Gesamtranking den 51. Platz unter 56 Standortfaktoren. Die Höhe der Grund- und Gewerbesteuer ist nach wie vor ein Standortdefizit.

## **VII Arbeitskosten**

Wie sich die Industriebetriebe im internationalen Wettbewerb behaupten, hängt stark von den Arbeitskosten ab. So hatte die Westdeutsche Industrie 2006 – nach Norwegen und Belgien – weltweit die dritthöchsten Arbeitskosten zu tragen. Dagegen können große Mitbewerber wie die USA, Japan, Großbritannien oder Italien mit wesentlich geringeren Arbeitskosten (zwischen minus 23 und minus 40 Prozent) kalkulieren<sup>3</sup>. Nur weil die Beschäftigten viel leisten – hohe Produktivität –, kann an unserem Standort erfolgreich produziert werden. Wenn es aber um Standortentscheidungen geht, spielen die Arbeitskosten eine wesentliche Rolle, da sich Know-how und Technik transferieren lassen.

Die Unternehmen und Organisationen der Wirtschaft sind nach wie vor bereit, mit der Politik weiterhin daraufhin zu wirken, die Arbeitskosten zu reduzieren und dauerhaft international wettbewerbsfähig zu gestalten.

## **VIII Internationalisierung**

Den Industrieunternehmen eröffnen globale Märkte beträchtliche Möglichkeiten – die steigenden Exportquoten der deutschen Industrie verdeutlichen dies. Die weitere Erschließung der internationalen Märkte durch die Unternehmen gilt es zu unterstützen.

---

<sup>3</sup> Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft, 2007, Köln

Kehrseite der Medaille ist in manchen Branchen ein Beschäftigungsabbau, da aus Markt- oder Kostengründen Fertigungskapazitäten verlagert oder Fertigungstiefen verringert werden müssen um wettbewerbsfähig zu bleiben. Deshalb müssen alle Maßnahmen der Politik daraufhin zielen, Standortnachteile zu minimieren und die Stärken unseres Standortes zu stärken.

## Liste der Mitglieder des Industrieausschusses der IHK Koblenz

Arenz, Reiner, Josef Emmerich Pumpenfabrik GmbH, Hönningen-Liers  
Dr. Bernhardt, Ulrich, WEW Westerwälder Eisenwerk GmbH, Weitefeld  
Bott, Roland, Bauunternehmen Johann Bott GmbH, Guldental  
Carmincke, Reinhard, Continental Teves AG & Co. OHG, Rheinböllen  
Fischer, Günter, Integral Accumulator GmbH & Co. KG, Remagen  
Gehres, Helmut W., Commerzbank AG, Filiale Koblenz, Koblenz  
Glasmacher, Klaus, Lucas Varsity GmbH, Koblenz  
Görges, Hermann-Josef, Joseph Raab GmbH & Cie. KG, Neuwied  
Graulich, Manfred, Sparkasse Koblenz, Koblenz  
Hack, Peter, Hack AG, Kurtscheid  
Hähn, Thomas, Hähn Automation GmbH, Rheinböllen  
Haupt, Achim, Julius Haupt GmbH, Idar-Oberstein  
Imhäuser, Thomas, A-M-S GmbH, Elkenroth  
Jacoby, Thorsten, Erlenbach GmbH, Lautert  
Kallinowsky, Karsten, Allit AG Kunststofftechnik, Bad Kreuznach  
Kortmann, Jochen, KSV Koblenzer Steuerungs- und Verteilungsbau GmbH, Koblenz  
Krupp, Peter, Krupp Druck OHG, Sinzig  
Mann, Markus, Mann Naturenergie GmbH & Co. KG, Langenbach  
Oettgen, Wilfried, Metsä Tissue GmbH, Raubach  
Philipp, Klaus-Jürgen, Haus Rabenhorst O. Lauffs GmbH & Co. KG, Unkel  
Port, Karl-Peter, Cornelius Kroth Bau GmbH & Co. KG, Andernach  
Radtke, Siegmund, Mittelrhein-Verlag GmbH, Koblenz  
Runkel, Rainer, Winkler und Dünnebier Süßwarenmaschinen GmbH, Rengsdorf  
Sollfrank, Rainer, Trasswerke Meurin Produktions und Handelsgesellschaft mbH, Andernach  
Steuler, Michael, Steuler Industrierwerke GmbH, Höhr-Grenzhausen  
Tesch, Christa, E. Begerow GmbH & Co, Langenlonsheim  
Weig, Moritz J., Moriz J. Weig GmbH & Co. KG, Mayen